



Die Stadtverordnetenvorsteherin  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3738  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin: Frau Koba  
E-mail: [astrid.koba@wiesbaden.de](mailto:astrid.koba@wiesbaden.de)

1. Den Damen und Herren  
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 22.08.2008

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
der Stadtverordnetenversammlung  
am Donnerstag, 28. August 2008, um 16:00 Uhr,  
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 12.06.2008
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **08-F-25-0096**

Schulkinderbetreuung weiter ausbauen  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und FDP vom 20.08.2008 -

### Vorbemerkung:

In den letzten Monaten wurden rund 500 Betreuungsplätze an Grundschulen auf den Weg gebracht. Es wurden kleinere bauliche, finanzielle und personelle Maßnahmen umgesetzt, um Betreuungsangebote zu erweitern oder neu zu schaffen. In vielen Fällen bedarf es größerer baulicher Veränderungen und einer längeren Vorbereitungszeit. Die Grundschulkinderbetreuung wird sukzessive weiter ausgebaut.

Wiesbaden arbeitet damit konsequent an dem Ziel des bedarfsgerechten Ausbaus speziell der Schulkinderbetreuung.

Die Betreuung an Grundschulen wäre ohne den ehrenamtlichen Einsatz vieler Eltern- und Fördervereine nicht möglich. Ihre Arbeit gilt es finanziell und personell abzusichern.

Die Entwicklung im Bereich der Sekundarstufe I (z.B. auch G8) führt zu einer erhöhten Nachfrage nach Mittagessensangeboten und Betreuungsmöglichkeiten.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- um eine Vernetzung zwischen Schule und Betreuung durch Dritte künftig sicherzustellen und zu vertiefen, Betreuungsangebote an den Wiesbadener Grundschulen weiter auszubauen;
- das Modell der „Betreuenden Grundschule“ in den bestehenden Strukturen dahingehend zu erweitern, dass mehr Schülerinnen und Schüler, bei Bedarf auch über 16.00 Uhr hinaus und in den Ferien, betreut werden können;
- die Unterstützung der Eltern- und Fördervereine weiter zu verstärken; die Standards zwischen den Eltern- und Fördervereinen an diejenigen der „Betreuenden Grundschule“ heranzuführen, indem für die Eltern- und Fördervereine eine Zuschussrichtlinie erarbeitet wird, die personelle, quantitative und qualitative Standards absichert und festschreibt;
- Ausbaubedarfe in Hinblick auf Betreuungsangebote an den Schulen der Sekundarstufe I darzustellen sowie darzulegen, wie deren Umsetzung erfolgen soll.

## 5. 08-F-01-0081

Konzept gegen Farbschmierereien - Förderung der Jugendkultur

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.08.2008 -

### Vorbemerkung:

Graffiti ist eine inzwischen anerkannte Kunstform der jüngeren Generation. Dies belegen zahllose Festivals, Meetings und Events wie das 'Meeting Of Styles'. Im Alltag wird Graffiti jedoch bewusst oder unbewusst in einen Topf mit illegalen und strafbaren Farbschmierereien geworfen. Letzteres wird leider auch oft zu einer Diskreditierung der Kunstform Graffiti und somit zu einer Beschneidung der verfassungsrechtlich garantierten Kunstfreiheit missbraucht.

Illegale Farbschmierereien sind dagegen konsequent abzulehnen und die Täterinnen und Täter straf- und zivilrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Eine konsequente Bekämpfung von Farbschmierereien würde der illegalen Szene den Anreiz zu neuen Taten nehmen, hier haben andere Städte - beispielsweise Koblenz - gute Erfahrungen gemacht. Eine saubere Stadt vermittelt darüber hinaus der Bevölkerung ein höheres Sicherheitsgefühl.

Gleichzeitig sind die künstlerischen Aktivitäten von Jugendlichen in legale Bahnen zu lenken. Eine saubere Stadt und eine Förderung der Jugendkultur schließen sich nicht aus, sondern sollten in einem Gesamtkonzept verbunden werden.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Projektgruppe zu bilden, der Vertreterinnen und Vertreter

- der Polizei und der Kriminalpolizei,
- des Amtes für Soziale Arbeit,
- des Schulamtes,
- des Amtes für Öffentliche Ordnung
- des Stadelternbeirates und Stadtschülerrates
- der ELW,
- des Tiefbauamtes
- von ESWE-Verkehr und der Deutschen Bahn

angehören. Diese Projektgruppe erhält den Auftrag, ein umfassendes Gesamtkonzept gegen illegale Farbschmierereien zu entwickeln.

Dieses Gesamtkonzept sollte beinhalten:

- Aufnahme des Themas legaler Graffiti in den Lehrplan an weiterführenden Schulen (Kunstunterricht). Hierbei ist eine klare Trennung zwischen Kunst und Sachbeschädigung durch illegale Farbschmierereien zu vermitteln.
- Entsprechende Fortbildungsangebote an Lehrkräfte.
- Eine verstärkte Zusammenarbeit der Polizei mit den Schulen (Präventionsmaßnahmen).
- Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit, z.B. durch Erstellen einer Informationsbroschüre für Eltern und Schüler, die u.a. auf die Folgen illegaler Farbschmierereien hinweist, bzw. einer Informationsbroschüre für Hauseigentümer, Bau- und Malerfirmen über Möglichkeiten zur Verhinderung von Farbschmierereien und Verhalten im Schadensfall.
- Öffentliche Aufklärung zur Verbesserung des Anzeigeverhaltens bei neuen Schäden, insbesondere städtische Mitarbeiter (z.B. des Ordnungsamtes) sollen angehalten werden, neue Schäden durch Farbschmierereien zu melden, um eine umgehende Beseitigung in die Wege zu leiten.
- Umgehende Beseitigung von Schäden an öffentlichen Gebäuden, auch als Vorbild für private Hauseigentümer. Einrichtung spezieller Reinigungstrupps, bzw. Beauftragung einer geeigneten Privatfirma und Bereitstellung entsprechender Mittel im Haushalt.
- Präventive Maßnahmen an öffentlichen Gebäuden wie z.B. die Begrünung oder Behandlung von gefährdeten Flächen mit Schutzmitteln.
- Maßnahmen zur Wiedergutmachung durch jugendliche Täter, z.B. durch Verpflichtung zur Reinigung der beschmierten Wandfläche oder andere gemeinnützige Arbeiten.
- Bereitstellung von Flächen für legale Graffiti unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten. Diese Flächen sind klar abzugrenzen und für Graffiti als legal zu kennzeichnen.

## 6. 08-F-25-0098

Bildung schafft Zukunft - Initiative "Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe in der Stadt"  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und FDP vom 20.08.2008 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden sieht sich verpflichtet, Bildung als zentrales Feld der kommunalen Daseinsfürsorge noch stärker in den Mittelpunkt kommunaler Handlungsoptionen zu stellen. Laut „Aachener Erklärung“ des Deutschen Städtetages kommt den Städten in der kommunalen Bildungslandschaft eine zentrale Rolle bei der Steuerung und Moderation der zielorientierten Zusammenarbeit der für Bildung zuständigen Akteure zu.

Daher wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

eine Reihe von Veranstaltungen durchzuführen, die in loser Folge unterschiedliche Bildungsthemen aufgreifen. Themen dieser Veranstaltungsreihe „Bildung schafft Zukunft“ könnten u.a. sein: „Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung“, „Übergang Kita-Grundschule“, „Sozialarbeit an Schulen“, „Schule und Beruf“.

Zu den öffentlichen Veranstaltungen sollten neben interessierten Bürgerinnen und Bürgern - abhängig vom Thema - die jeweils zuständigen Bildungspartner eingeladen werden: Schulleiterinnen und Schulleiter, Kita- und Hortleiterinnen und -leiter, Vertreterinnen und Vertreter von Sportvereinen, Ausländerbeirat, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Stadtelternbeirat, Stadtschülerbeirat, Elternvereine, Vertreterinnen und Vertreter von Bildungseinrichtungen, sowie Expertinnen und Experten zu den jeweiligen Themen.

Die Veranstaltungen sollten moderne Formen der Bürgerbeteiligung (z.B. Zukunftswerkstatt) berücksichtigen. Ziel der Veranstaltungen ist, neben umfassender Information und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, die weitere Vernetzung aller Beteiligten. Verwaltung und Politik erklären sich deshalb ausdrücklich bereit, die sich aus den Veranstaltungen ergebenden weiteren Aktivitäten zu begleiten und aktiv zu unterstützen.

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie die Veranstaltungen der Initiative „Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe in der Stadt“ als gemeinsames Projekt der zuständigen Dezernate organisiert werden kann. Die Planung wird den zuständigen Ausschüssen zeitnah vorgestellt.

## **7. 08-F-25-0097**

Gezielte Förderung der Kreativwirtschaft

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + FDP vom 20.08.2008 -

Die Kultur- und Kreativwirtschaft entwickelte sich in den letzten Jahren zu einer Branche, die nicht nur bedeutende kulturelle und innovative Produkte auf den Markt bringt, sondern auch maßgeblich zur Bruttowertschöpfung beiträgt. Im Jahr 2005 erwirtschafteten bundesweit 210.000 Unternehmen mit knapp 1 Mio. Beschäftigten Umsätze in Höhe von 121 Milliarden €. Experten zu Folge wird sich der positive Trend weiter fortsetzen.

In der Öffentlichkeit ist die große Bedeutung der Kreativwirtschaft aber noch nicht zu spüren. Der immer stärker werdende Wettbewerb der Kommunen um kreative Köpfe zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes erfordert eine konsequente Fortentwicklung in der kommunalen Wirtschaftsförderung. Die neue Standortpolitik arbeitet mit weichen kostenneutralen Instrumenten, die individuell abgestimmt sein müssen. In diesem Zusammenhang ist die Sicht der Kreativwirtschaft auf die Standortfaktoren der Landeshauptstadt Wiesbaden von hoher Bedeutung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob künftig in Zusammenarbeit mit einer unabhängigen Forschungsinstitution, wie zum Beispiel der FH Wiesbaden oder der EBS, kontinuierlich ein Kreativbericht erstellt werden kann. Der Bericht der Goethe Universität Frankfurt soll als Beispiel dienen.

Wenn der Kreativbericht erstellt worden ist, wird der Magistrat gebeten, den erstellten Bericht bei einem Branchenhearing vorzustellen und die Ergebnisse mit den Anwesenden zu erörtern.

**8. 08-F-04-0007**

Optimierung des Einsatzes von Steuergeldern bei städtischen Blumenanpflanzungen  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE REPUBLIKANER vom 19.08.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird aufgefordert, im Bereich der Neuanlagen von Blumenbepflanzungen dem Gebot der Wirtschaftlichkeit und den Belangen des Denkmalschutzes künftig stärkere Beachtung zu schenken.

**9. 08-F-06-0038**

Umsetzung von Ortsbeiratsbeschlüssen hinsichtlich der Nutzungszeiten von Kinderspielplätzen  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 19.08.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert die Beschlüsse der Ortsbeiräte Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim mit dem Ziel, die täglichen Nutzungszeiten von Kinderspielplätzen in den Sommermonaten in ihren Ortsbezirken um eine Stunde (bis 21 h) zu verlängern, zu respektieren und umzusetzen.

Die Gefahrenabwehrverordnung räumt ausdrücklich die Möglichkeit ein, dass „in bestimmten Gebieten Ausnahmen (von den festgelegten Nutzungszeiten bis 20 h) mit Zustimmung des zuständigen Ortsbeirates zugelassen werden“ können. Eine generelle Ablehnung - wie von Dezernat V erfolgt (Schreiben vom 11. Juli 2008 an den Ortsbeirat Mainz-Kastel) - ist mit dem Wortlaut der Gefahrenabwehrverordnung nicht vereinbar und hat bei ähnlich lautenden Beschlüssen von Ortsbeiräten zu unterbleiben.

**10. 08-F-07-0025**

Aufwertung der Gedenkstätte "Unter den Eichen"  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 05.08.2008 -

Vorbemerkung:

Im Gelände "Unter den Eichen", hinter den Bauten der Fachhochschule Wiesbaden, befinden sich die letzten noch sichtbaren Reste des ehemaligen KZ-Außenkommandos des SS-Sonderlagers Hinzert. Dabei handelt es sich um einen 1944 errichteten Luftschutzbunker für das SS-Wachpersonal in dem seit 1991 eine sehenswerte Ausstellung zur Geschichte des Außenkommandos "Unter den Eichen" untergebracht ist. In diesem Lager, in dem überwiegend Häftlinge aus Luxemburg und den Niederlanden interniert und zu Bauarbeiten in Wiesbaden herangezogen wurden, kamen 1944 sechs luxemburgische Häftlinge bei einem alliierten Luftangriff ums Leben. Vergleicht man das heutige Erscheinungsbild der Anlage und die kaum vorhandenen Wegweiser mit anderen Anlagen ergibt sich ein nicht zu übersehender Aufwertungsbedarf.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Voraussetzungen zu schaffen, daß ab dem Jahr 2009 die Gedenkstätte "Unter den Eichen" regelmäßig an einem Tag in der Woche für ca. 3 Stunden für die Öffentlichkeit geöffnet ist,
2. das Umfeld der Gedenkstätte in einen gepflegteren Zustand zu versetzen,
3. zu veranlassen, daß schon an den Kreuzungen Dürerplatz/Albrecht-Dürer-Straße und Platter Straße/Unter den Eichen mit Wegweisern auf die Stätte hingewiesen wird,
4. dafür zu sorgen, die Gedenkstätte auch in den touristischen Stadtplänen auszuweisen,
5. es langfristig zu ermöglichen, daß die sehr informative Ausstellung auch im Internet - quasi mit einem Gang durch den Bunker - besucht werden kann.

#### **11. 08-S-00-0001**

Neubesetzung im ehrenamtlichen Magistrat

#### **12. 08-F-07-0026**

Bürgerbeteiligung bei PPP-Projekten

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 05.08.2008 -

Der Antrag der Fraktion Bürgerliste zur Erarbeitung eines Konzeptes für Bürgerbeteiligung bei PPP-Projekten vom 06.03.2007 wurde mit Beschluß Nr. 0136 in den Ausschuß für Planung, Bau und Verkehr überwiesen, von diesem angenommen (02.05.2007) und in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 10.05.2007 mit Beschluß Nr. 0178 endgültig beschlossen. Laut § 39, Absatz 3 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der LH Wiesbaden erwartet die Stadtverordnetenversammlung in solchen Fällen innerhalb von 6 Monaten einen Sachstandbericht des Magistrats.

Da diese Frist weit überschritten ist, möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in dieser Sache in der nächstfolgenden Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

#### **13. 08-F-01-0079**

Sonniges Wiesbaden: Photovoltaikanlagen auf städtische Gebäude!

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.08.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung vom 13. Dezember 2007 die Sitzungsvorlage 07-V-36-0026 zur Kenntnis genommen, in der über die Aktivitäten in zur Solarstromgewinnung in Wiesbaden berichtet wird. Als Anlage zu dieser Vorlage findet sich auch eine vorab geprüfte Gebäudeliste des Hochbauamts mit den für Solarstromanlagen geeigneten Dächern öffentlicher Gebäude. Um aus dieser Erkenntnis auch praktischen Umweltschutz durch Erzeugung regenerativer Energien umzusetzen, sollten jetzt konkrete Schritte folgen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, das Programm „Sonniges Wiesbaden - Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäude“ zu konzipieren und durch die Klimaschutzagentur umzusetzen.

Dieses Programm sollte folgende Bausteine beinhalten:

- Die Klimaschutzagentur (oder eine andere städtische Stelle) errechnet für die einzelnen Dächer die Anzahl der zur Aufstellung von Solarzellen geeigneten Quadratmeter. Gleichzeitig dient die Agentur als Anlaufstelle und Vermittler für interessierte Personen, die erwägen, gemeinsam mit anderen einen Verein oder eine Gesellschaft zu gründen, um mittels Photovoltaik Strom zu erzeugen. Als Beispiele könnten die (Eltern)Vereine dienen, die bereits auf einigen Schulen Solaranlagen realisiert haben.
- Die Klimaschutzagentur bzw. das Umweltamt unterstützen das Projekt durch umfassende Öffentlichkeitsarbeit, durch Flyer, Broschüren und Informationsveranstaltungen, um die Idee, dass mit Solarstrom eine hervorragende Rendite zu erzielen ist, publik zu machen.
- Die Vereine bzw. Gesellschaften, die sich zur Investition in Solaranlagen auf einem Dach eines städtischen Gebäudes entschließen, mieten dieses Dach auf 20 Jahre für einen symbolischen Euro. Allerdings müssen diese Gesellschaften - wo noch nicht geschehen - für die statische Prüfung des Gebäudes aufkommen.
- Die Landeshauptstadt Wiesbaden unterstützt jedes Solarprojekt nach Vorlage einer Machbarkeitsrechnung mit 10 Prozent der Investitionskosten - so wie sie die Erzeugung regenerativer Energie auf der Deponie ja ebenfalls unterstützt.

#### **14. 08-F-01-0080**

Forum Demenz

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.08.2008 -

Der Pflegebericht der Landeshauptstadt Wiesbaden weist aus, dass in Wiesbaden 3.900 Menschen an einer mittelschweren bis schweren Demenz leiden. Aufgrund der demographischen Entwicklung in unserer Stadt ist mit einem deutlichen Anstieg der Betroffenen zu rechnen. Die Hauptlast in der Bereuung tragen die Angehörigen. Nicht zuletzt deshalb wurde der Magistrat/Dez. VI im Jahre 2007 beauftragt, das Forum Demenz Wiesbaden aufzubauen.

Wegen der Bedeutung der Problematik soll der Magistrat einen Zwischenbericht vorlegen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird um Bericht gebeten, welche Zwischenergebnisse bisher im Forum Demenz Wiesbaden erzielt werden konnten und die weiteren konkreten Planungen zu beschreiben.

Dabei ist auch auf die Kooperation mit den gemeinnützigen und privaten Trägern der Altenhilfe und den relevanten Gesundheitsdiensten, sowie der Alzheimer Gesellschaft Wiesbaden einzugehen.

**15. 08-F-06-0037**

Nutzung der Rheinwiesen in Mainz-Kastel  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 19.08.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird aufgefordert, dem Ortsbeirat Kastel die Angelegenheit Benutzungsordnung Rheinwiesen in Mainz-Kastel inklusive dem Vorschlag des Magistrates in der Sitzungsvorlage 07-V-67-0013 erneut zur Beratung vorzulegen, um eine akzeptable Einigung über die Nutzung der Rheinwiesen herbeizuführen und den Rechtsstreit zwischen Nutzern und Landeshauptstadt Wiesbaden beizulegen.

**16. 08-F-01-0082**

Ärztliche Versorgung in Wiesbaden  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.08.2008 -

In den vergangenen Wochen wurde mehrmals in der Presse über zu erwartende Defizite in der fachärztlichen Versorgung berichtet. Gerade pflegebedürftige alte Menschen sind auf eine gute ärztliche Versorgung angewiesen. Deshalb ist es notwendig, dass der Magistrat mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für eine angemessene ärztliche Versorgung in den Pflegeeinrichtungen sorgt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen, den Pflegeheim-Trägern und der Heimaufsicht zu führen, mit dem Ziel, auch in Zukunft die notwendige ärztliche Versorgung in den stationären Pflegeeinrichtungen sicher zu stellen.

Über die Ergebnisse ist im Ausschuss für Gesundheit und im Ausschuss für Soziales zu berichten.

**17. 08-V-08-0009**

**DL 32/08-2**

Martin-Niemöller-Schule - Brandfolgen vom 24.12.2007 und Brandsanierung

**Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die  
Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.**

## Tagesordnung II

1. **07-F-25-0129** DL 32/08-1  
Altersgerechtes Wohnen - Modellprojekt "Wohnen im Verbund"  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und FDP vom 05.12.2007 -
  
2. **08-V-04-0015** DL 33/08-2  
Erweiterungsfläche Kurpark - Dietenmühle
  
3. **08-V-10-0015** DL 32/08-4  
Zuerkennung eines Ehrengrabes; Egon Altdorf
  
4. **08-V-20-0040** DL 33/08-3  
Prognose der finanzwirtschaftlichen Entwicklung 2008
  
5. **08-V-40-0021** DL 31/08-2  
Schulen - IM-Jahresrechnung 2007
  
6. **08-V-40-0023** DL 31/08-3  
Bericht zum Beschleunigungsprogramm 2006/2007
  
7. **08-V-40-0024** DL 32/08-7  
122. Vergleichende Prüfung "Gastschulbeiträge"
  
8. **08-V-41-0015** DL 33/08-5  
Erweiterte Öffnungszeiten der Musikbibliothek
  
9. **08-V-41-0016** DL 33/08-6  
Hess. Staatstheater Wiesbaden; Abschluss 2007

- |  |                    |
|--|--------------------|
| <b>10. 08-V-51-0032</b>  | <b>DL 30/08-5</b>  |
| Erweiterung der Kita Känguru, Welfenstraße, in Trägerschaft des IFB e. V.                        |                    |
| <b>11. 08-V-51-0040</b>  | <b>DL 31/08-5</b>  |
| Erweiterung der Kinderkrippe in Trägerschaft der Fit For Family Care gGmbH                       |                    |
| <b>12. 08-V-51-0043</b>  | <b>DL 31/08-6</b>  |
| Zuschussvertrag Kohlhecker Bürgervereinigung   |                    |
| <b>13. 08-V-51-0045</b>  | <b>DL 32/08-8</b>  |
| Erweiterung des Waldorfkindergarten "Fingerhütchen" e. V. um eine Krippengruppe                  |                    |
| <b>14. 08-V-51-0047</b>  | <b>DL 32/08-9</b>  |
| Eröffnung einer Kindertagesstätte in Trägerschaft des Vereins "Kiki" e. V.                       |                    |
| <b>15. 08-V-51-0048</b>  | <b>DL 32/08-10</b> |
| Erweiterung der Kindertagesstätte der Ev. Versöhnungsgemeinde um eine Krippengruppe              |                    |
| <b>16. 08-V-66-0204</b>  | <b>DL 29/08-3</b>  |
| Radwegeverbindung im Distrikt "Langfeld" in Wiesbaden-Bierstadt ; Herstellung der Wegeoberfläche |                    |
| <b>17. 08-V-66-0211</b>  | <b>DL 29/08-5</b>  |
| Fußgängersicherung; Oberfeld K 663, Wiesbaden-Erbenheim  |                    |
| <b>18. 08-V-66-0213</b>  | <b>DL 29/08-6</b>  |
| Wandersmannstraße - Ortsgerechte Straßenraumgestaltung BA II                                     |                    |
| <b>19. 08-V-66-0231</b>  | <b>DL 32/08-16</b> |
| Ersatzbeschaffung von Lichtsignalanlagen im Jahr 2009  |                    |

20. **08-V-66-0308** **DL 29/08-7**  
Trompeterstraße in Wiesbaden-Rambach
21. **08-V-66-0312** **DL 29/08-8**  
Erneuerung der Brücke BW-Nr. 195 über den Rambach, Fichtestraße in Wiesbaden
22. **08-V-69-0006** **DL 33/08-7**  
Entwicklung Zollamt und Zollspeicher, Biebrich

### Tagesordnung III

1. **07-V-51-0063** **DL 33/08-1, 17/08-2**  
Upgrade von PROSOZ/s auf OPEN/PROSOZ für den Bereich SGB II
2. **08-F-25-0078**  
Integrationskonferenz für Wiesbaden  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und FDP vom 03.06.2008 -  
**ANLAGE**
3. **08-V-01-0013**  
Planungen Platz der deutschen Einheit  
Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes "Platz der deutschen Einheit" im  
Ortsbezirk Westend / Bleichstraße  
**ANLAGE**
4. **08-V-04-0014** **DL 31/08-1**  
Investitionszuschuss Steganlage Osthafen Schierstein

- |     |  |                   |
|-----|--|-------------------|
| 5.  | <b>08-V-07-0004</b>  | <b>DL 30/08-1</b> |
|     | ELW - Wahl von Betriebskommissionsmitgliedern  |                   |
| 6.  | <b>08-V-10-0014</b>  | <b>DL 32/08-3</b> |
|     | Entwicklung eines Konzeptes "Wiesbaden digital"  |                   |
| 7.  | <b>08-V-20-0033</b>  | <b>DL 30/08-2</b> |
|     | Satzungsänderung der Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH                             |                   |
| 8.  | <b>08-V-20-0039</b>  | <b>DL 32/08-5</b> |
|     | Investitionscontrolling 1. Halbjahr 2008   |                   |
| 9.  | <b>08-V-30-0003</b>  | <b>DL 29/08-1</b> |
|     | Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk V Wiesbaden-Erbenheim |                   |
| 10. | <b>08-V-30-0004</b>  | <b>DL 29/08-2</b> |
|     | Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk II Wiesbaden-Biebrich |                   |
| 11. | <b>08-V-40-0020</b>  | <b>DL 32/08-6</b> |
|     | Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule - Genehmigung der Gesamtkosten und Mittelfreigabe                |                   |
|     | <b>ANLAGE</b>  |                   |
| 12. | <b>08-V-40-0028</b>  | <b>DL 33/08-4</b> |
|     | Namensgebung der Zweiten Schule für Praktisch Bildbare   |                   |

13. **08-V-51-0030** **DL 30/08-4**  
Bürgerhaus Erbenheim; Sanierung - 1. Bauabschnitt  
**ANLAGE**
14. **08-V-51-0033** **DL 34/08-2**  
Beschäftigungsprogramm gemäß § 16 a SGB II bei den BauHaus Werkstätten Wiesbaden GmbH
15. **08-V-51-0039** **DL 31/08-4**  
Nachwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
16. **08-V-51-0049** **DL 34/08-3**  
Eröffnung einer neuen Kindertagesstätte in Trägerschaft des Vereins Welfenwichtel e. V.
17. **08-V-52-0015** **DL 34/08-4**  
Gewährung von Zuschüssen für die Integrationsarbeit in Turn- und Sportvereinen
18. **08-V-61-0002** **DL 30/08-6**  
Vorkaufssatzungen im Bereich des Flugplatzes Erbenheim
19. **08-V-61-0021** **DL 32/08-11**  
Flächennutzungsplanänderung "LindeQuartier" im Ortsbezirk Mainz-Kostheim;  
- Änderungs-, Entwurfs- und Offenlagebeschluss -
20. **08-V-61-0022** **DL 32/08-12**  
Bebauungsplan „LindeQuartier“ im Ortsbezirk Mainz-Kostheim;  
- Aufstellungs- Entwurfs- und Offenlagebeschluss -

21. **08-V-61-0025** **DL 32/08-13**  
Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplanes "Südlich der Mauritiusstraße" im Ortsbezirk Mitte in Verbindung mit § 13a BauGB  
Beschluss über die Aufhebung und Offenlage des Bebauungsplanes Wiesbaden 1980 / 1  
**ANLAGE**
22. **08-V-61-0029** **DL 32/08-14**  
Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Hinterbergstraße" im Ortsbezirk Igstadt;  
Satzungsbeschluss
23. **08-V-66-0206** **DL 31/08-7**  
Paulinenstraße - Haltestelle für Reisebusse  
**ANLAGE**
24. **08-V-66-0218** **DL 31/08-8**  
Goerdelerstraße - Neubau bis zur Klarenthaler Straße
25. **08-V-66-0304** **DL 32/08-17**  
Sanierung der Uferböschungen am Rhein- und Mainufer in AKK
26. **08-V-66-0319** **DL 30/08-7**  
Grundinstandsetzung von Feld- und Wirtschaftswegen in Wiesbaden
27. **08-V-66-0320** **DL 30/08-8**  
Grundinstandsetzung von Feld- und Wirtschaftswegen in AKK
28. **08-V-67-0005** **DL 30/08-9**  
Beschaffung und Betrieb von werbefinanzierten Fahrzeugen beim Amt für Grünflächen,  
Landwirtschaft und Forsten

29. **08-V-69-0007** **DL 29/08-9**  
Wohnungsbauprogramm 2007 Ausführungsvorlage

30. **08-V-70-0002** **DL 32/08-18**  
Jahresabschluss 2007 der ELW-Feststellung des Jahresabschlusses;  
Ergebnisverwendung

31. **08-V-80-2316** **DL 29/08-11, 26/08-6 , 23/08-4**  
Richtungsentscheidung Städtische Parkhäuser

32. **08-V-82-0002** **DL 33/08-8**  
Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der Kurbetriebe der LH Wiesbaden  
**ANLAGE**

### Tagesordnung IV

1. **08-V-20-0035** **DL 31/08-1 NÖ**  
Kredite

2. **08-V-20-0036** **DL 31/08-2 NÖ**  
Bürgschaft

3. **08-V-20-0037** **DL 31/08-3 NÖ**  
Bürgschaft

4. **08-V-20-0038** **DL 33/08-1 NÖ**  
Zinsrisikomanagement

- |     |   |               |
|-----|---|---------------|
| 5.  | <b>08-V-20-0043</b>                                       | DL 32/08-1 NÖ |
|     | städtische Beteiligungsunternehmen 1. Quartal 08          |               |
| 6.  | <b>08-V-20-0044</b>                                       | DL 32/08-2 NÖ |
|     | Bürgschaft  |               |
| 7.  | <b>08-V-20-0048</b>                                       | DL 33/08-2 NÖ |
|     | Kredite   |               |
| 8.  | <b>08-V-36-0013</b>                                       | DL 29/08-1 NÖ |
|     | Niederschrift nicht öffentliche Sitzung Naturschutzbeirat |               |
| 9.  | <b>08-V-80-2318</b>                                       | DL 34/08-1 NÖ |
|     | Erteilung Ausnahmegenehmigung                             |               |
| 10. | <b>08-V-80-2322</b>                                       | DL 31/08-4 NÖ |
|     | Verzeichnis genehmigter Grundstücksvorlagen               |               |

**Hinweis:** Die Neubesetzung im ehrenamtlichen Magistrat soll vor der Pause behandelt werden.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin